

Vergabeunterlagen für die Maßnahme

„Motivieren – Orientieren – Praktika (MOPra) 2024“

gem. § 16 Abs. 1 S. 2 Nr. 2 Sozialgesetzbuch – Zweites Buch (SGB II) i. V. m.
§ 45 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 Sozialgesetzbuch – Drittes Buch (SGB III)

Vergabe-Nr.: 02/MOPra § 45/2024

Teil A: Aufforderung zur Angebotsabgabe

Teil B: Leistungsbeschreibung mit Bewerbungsbedingungen

Teil C: Vertragsbedingungen

Teil D: Datenschutzrechtliche Informationen für Vergabeverfahren

Sehr geehrte Damen und Herren,

auf der Grundlage Ihrer Abforderung der Vergabeunterlagen nach der Bekanntmachung bitten wir Sie als Bewerber um die Abgabe Ihres Angebotes.

Der Landkreis Görlitz, Jobcenter Landkreis Görlitz, beabsichtigt im Wege eines offenen Verfahrens nach § 119 Abs. 3 i. V. m. § 130 GWB folgenden Dienstleistungsauftrag zu vergeben:

Gegenstand der Leistung ist es, bei derzeit nicht vermittelbaren, erwerbsfähigen Leistungsberechtigten aus dem Rechtskreis des SGB II die bestehenden Vermittlungshemmnisse festzustellen, diese zu verringern bzw. zu beseitigen und die Teilnehmer durch entsprechende Unterstützung wieder an den Arbeitsmarkt heranzuführen.

Die gesetzliche Grundlage der Leistung ist § 16 Abs. 1 S. 2 Nr. 2 SGB II i. V. m. § 45 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 SGB III.

Ein wesentliches Ziel der Maßnahme ist es, den Teilnehmern Chancen zu vermitteln, sich in verschiedenen Bereichen in Unternehmen der freien Wirtschaft durch Praktika neu zu erproben und dabei Kenntnisse und Fertigkeiten aufzufrischen. Durch Erfolgserlebnisse bei diesen Praktika und eine intensive sozialpädagogische Begleitung sollen die Teilnehmer einen Motivationsschub zur Arbeitsaufnahme erfahren. Die Teilnehmer sollen eine Orientierung erhalten, welche Möglichkeiten es für sie auf dem Arbeitsmarkt gibt und ihr Bewerbungsverhalten deutlich verbessern.

Die Maßnahme beginnt am 01.07.2024 und endet am 30.06.2025.

Die Leistung ist in 4 Lose aufgeteilt. Das Los 1 in Weißwasser umfasst 8 Teilnehmerplätze. Das Los 2 in Niesky/Löbau und das Los 3 in Görlitz umfassen jeweils 12 Teilnehmerplätze. Das Los 4 Zittau umfasst 10 Teilnehmerplätze. Das Los 2 mit insgesamt 12 Teilnehmerplätzen wird mit einer Verteilung zwischen 5 – 7 Teilnehmern je Standort geplant. Die Losaufteilung ist auch dem Losblatt zu entnehmen.

Der Auftraggeber behält sich vor, im Bedarfsfall maximal zwei halbtags belegte Teilnehmerplätze je Los doppelt zu besetzen. Dabei wird die vertraglich festgelegte Anzahl an Teilnehmerplätzen nicht verändert.

Der Auftraggeber kann die Teilnehmerplätze während des Leistungszeitraumes erhöhen. Gemäß § 130 Abs. 2 GWB gilt hierfür eine Obergrenze von 20 % des Auftragswertes.

Die Ausschreibung erfolgt mit je zwei Optionen pro Los für jeweils weitere 12 Monate vom 01.07.2025 bis 30.06.2026 sowie 01.07.2026 bis 30.06.2027. Die Option wird fällig, wenn der Auftraggeber bis spätestens 01.04.2025 bzw. 01.04.2026 gegenüber dem Auftragnehmer die Verlängerung erklärt. Für die Verlängerung ist die Schriftform erforderlich. Ein rechtlicher

Vergabe-Nr.: 02/MOPra § 45/2024

Anspruch auf die Verlängerung besteht nicht. Im Falle der Optionsziehung sind durch den Auftragnehmer die gleichen Leistungen wie im ursprünglichen Vertragszeitraum zu erbringen.

Für den Fall der Optionsziehung kann der Auftraggeber eine Erhöhung der Teilnehmerplätze um bis zu 2 Plätze vornehmen.

Für den Fall der Optionsziehung behält sich der Auftraggeber vor, die Anzahl der Teilnehmerplätze pro Los um bis zu 2 Plätze zu reduzieren. Eine Mindestgröße von 8 Teilnehmerplätzen je Los bleibt jedoch erhalten.

Grundlage der Erhöhung bzw. Reduzierung ist die Angabe im Losblatt.

Teilnehmer der Maßnahme sind erwerbsfähige arbeitslose und arbeitssuchende Leistungsbererechtigte aus dem Rechtskreis SGB II über 25 Jahre mit oder ohne Berufsabschluss und mit wesentlichen Problemlagen wie z. B.

- verschüttete Fachkenntnisse,
- langzeitarbeitslos,
- mangelnde Kenntnis der Anforderungen des Arbeitsmarktes,
- falsche oder fehlende Selbsteinschätzung der arbeitsmarktrelevanten Fähigkeiten und Fertigkeiten,
- unzureichende Kenntnisse im Bewerbungsverfahren,
- fehlende räumliche Mobilität und/oder fehlende zeitliche Flexibilität,
- häufiges Erleben von Misserfolgen, was die weitere Motivation zur Arbeitssuche beeinträchtigt,
- ungerechtfertigte Fokussierung auf vorhandenen Minijob/selbständigen Nebenerwerb,
- Selbständige im Hauptgewerbe, sofern in den letzten 2 Jahren keine Tragfähigkeit nachgewiesen ist,
- zeitliche Einschränkungen wegen Verpflichtung zu Sozialstunden.

Sofern die Zuweisung von Migranten erfolgt, verfügen diese im Regelfall ein Sprachniveau von mindestens A2.

Die Teilnehmer werden in der Regel für vier Monate zugewiesen.

Die Maßnahme ist als Vollzeitmaßnahme mit mindestens 35 Wochenstunden pro Teilnehmer zu konzipieren. Jeder Teilnehmer soll nach dem Durchlaufen einer intensiven individuellen Betreuung und Vorbereitung 12 Wochen – ggf. auch weniger – Praktika bei verschiedenen Arbeitgebern absolvieren. In Ausnahmefällen werden auch Teilnehmer zugewiesen, welche an der Maßnahme nicht in Vollzeit teilnehmen können.

Detailliertere Informationen sowie die Zahlungsbedingungen der zu erbringenden Leistung entnehmen Sie bitte dem Teil B: Leistungsbeschreibung mit Bewerbungsbedingungen und dem Teil C: Vertragsbedingungen.

Die Angebotsabgabe ist durch Einzelbieter und in Bietergemeinschaft zulässig.

Für die Bieter ist es möglich, den Zuschlag auf ein bebotenes Los sowie unter Beachtung der Leistungsfähigkeit des Bieters auf mehrere bzw. alle bebotenen Lose zu erhalten. Die Angebotsabgabe auf Teile eines Loses ist nicht möglich und führt zum Ausschluss des Angebots.

Nicht zulässig ist, dass sich ein Bieter zur Angebotsabgabe als Einzelbieter und gleichzeitig als Mitglied einer Bietergemeinschaft oder sich ein Bieter an verschiedenen Bietergemeinschaften innerhalb eines Loses beteiligt. Dies wird vom Auftraggeber als wettbewerbsbeschränkende Abrede gemäß § 124 Abs. 1 Nr. 4 GWB gewertet und führt zwingend zum Ausschluss der betroffenen Angebote.

Die Auswahl und Bewertung der Angebote erfolgt auf der Grundlage der Punkte III. Prüfung und Wertung der Angebote und IV.3 Wertungsbereiche und -kriterien, Bewertungsmatrix des Teil B: Leistungsbeschreibung mit Bewerbungsbedingungen der Vergabeunterlagen.

Vergabe-Nr.: 02/MOPra § 45/2024

Die zur Angebotsabgabe auffordernde Stelle, die Leistung vergebende Stelle sowie den Zuschlag erteilende Stelle ist der Landkreis Görlitz, Jobcenter Landkreis Görlitz, Sachgebiet Arbeitgeber-/Trägerleistung GR/ZI.

Wir bitten Sie, uns Ihr Angebot bis zum 05.04.2024 um 11:00 Uhr (Ende der Angebotsfrist) auf das entsprechende elektronische und mittels Zeitschloss gesicherte Postfach bei der Vergabeplattform www.evergabe.de abzulegen.

Nicht fristgerecht eingegangene oder auf anderem Weg eingegangene Angebote werden ausgeschlossen.

Nebenangebote sind unzulässig.

Die Bindefrist endet am 27.05.2024.

Neben dem preislichen Angebot ist ein Konzept zu erstellen. Das Konzept wird zur qualitativen Bewertung des Angebotes herangezogen. Das Konzept ist entsprechend den Anforderungen der Vergabeunterlagen zu erstellen.

Die Auftragnehmereignung ist entsprechend der Vorgaben der Vergabeunterlagen nachzuweisen. Folgende Erklärungen und Nachweise sind zu erbringen:

1. Die Eintragung in ein Berufs- oder Handelsregister oder eine auf andere Weise erlaubte Berufsausübung. Hierzu zählen insbesondere die Einreichung eines entsprechenden Vereinsregisterauszuges bzw. – falls nicht eintragungspflichtig – die Gewerbeanmeldung, ggf. Gewerbeummeldung bzw. Erlaubnis zur Berufsausübung im jeweiligen Staat. Der Registerauszug darf bei Einreichung des Angebotes nicht älter als 6 Monate sein.
2. Ein Bieter hat die Trägerzulassung gemäß § 176 Abs. 1 SGB III i. V. m. § 181 Abs. 4 Satz 1 und Abs. 6 Nr. 1 SGB III beizufügen. Auf dieser Trägerzulassung bzw. deren Anlage muss der jeweils bebotene Maßnahmeort/müssen die jeweils bebotenen Maßnahmeorte aufgeführt sein.
3. Als Nachweis für seine Leistungsfähigkeit hat der Bieter mit Angebotsabgabe eine Erklärung über seinen Gesamtumsatz sowie den Umsatz der Leistung, die mit dem Gegenstand dieser Ausschreibung vergleichbar ist, für die letzten drei Geschäftsjahre einzureichen. Zur Eignungsfeststellung verlangt der Auftraggeber vom Bieter für die letzten drei Jahre einen jährlichen Gesamtumsatz, der mindestens dem Zweifachen des hier angebotenen Auftragswertes entspricht. Sofern ein Bieter für mehrere Lose ein Angebot abgibt, muss der erforderliche jährliche Gesamtumsatz dem Zweifachen der Summe der angebotenen Auftragswerte entsprechen.

4. Nachweis qualifizierten Personals:

Es muss deutschsprachiges Personal zum Einsatz kommen. Bei Nichtmuttersprachlern – ausgenommen Sprachmittler – wird mindestens Sprachniveau C1 verlangt.

Der Personaleinsatz bemisst sich für die gesamte Dauer der Beauftragung nach folgendem Personalschlüssel:

Lose 1, 3 und 4	Sozialpädagoge	1,00 VZÄ	je 8 – 12 Teilnehmerplätze
		1,25 VZÄ	je 13 – 14 Teilnehmerplätze
	Vermittlungsfachkraft	0,75 VZÄ	je 8 – 12 Teilnehmerplätze
		1,00 VZÄ	je 13 – 14 Teilnehmerplätze
	Sprachmittler	0,25 VZÄ	je 8 – 14 Teilnehmerplätze

Los 2	Sozialpädagoge	1,00 VZÄ	je 8 – 12 Teilnehmerplätze
		1,25 VZÄ	je 13 – 14 Teilnehmerplätze
	Vermittlungsfachkraft	1,00 VZÄ	je 8 – 12 Teilnehmerplätze
		1,25 VZÄ	je 13 – 14 Teilnehmerplätze
	Sprachmittler	0,25 VZÄ	je 8 – 14 Teilnehmerplätze
1,00 VZÄ entspricht 39 Wochenarbeitsstunden			

Der Einsatz von Honorarkräften ist bei der Profession Vermittlungsfachkraft möglich.

Die Profession Sprachmittler kann ebenfalls über Honorarkräfte abgedeckt und soll bedarfsgerecht und zielgerichtet eingesetzt werden.

Als Minimalanforderungen werden folgende Qualifikationen/Berufserfahrungen des einzusetzenden Personals erwartet:

Sozialpädagoge	<p>Verfügt mindestens über eine der nachfolgenden Qualifikationen und mindestens einjährige Berufserfahrung:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Bachelor bzw. Master Sozialpädagogik/Soziale Arbeit • Diplom-Sozialpädagoge/-arbeiter • Diplom-Pädagoge mit Vertiefung Sozialpädagogik • Staatlich anerkannter Sozialpädagoge/-arbeiter • ein dem staatlich anerkannten Sozialpädagogen/Sozialarbeiter gleichgestellter Abschluss im Beitrittsgebiet vor dem 03.10.1990 • Staatlich anerkannter Erzieher, Pädagogen und pädagogische Mitarbeiter (besitzen artfremdes Studium) und entsprechender mehrjähriger (mindestens drei Jahre) Erfahrung in der sozialpädagogischen Begleitung der dargestellten Zielgruppe
Vermittlungsfachkraft	<p>Verfügt mindestens über:</p> <ul style="list-style-type: none"> • einen Berufsabschluss und • pädagogische Eignung z. B. Abschluss nach der Ausbilder-eignungsverordnung AEVO und • 2-jährige Berufserfahrung in der Vermittlung des hier zu fördernden Personenkreises und • fundierte Kenntnisse und Erfahrungen in den Personalauswahlssystemen/-kriterien von Unternehmen sowie im Personalwesen und • fundierte Kenntnisse der regionalen Arbeitsmarktsituation
Sprachmittler	<p>Je nach Bedarf ist geeignetes Personal zur Unterstützung bei der Verständigung mit den ausländischen Teilnehmern einzusetzen, welches mindestens über folgende sprachliche Kompetenzen (in beide Richtungen) verfügt:</p>

- ausreichendes Spektrum sprachlicher Mittel, klarer und strukturierter Ausdruck
- gute Beherrschung der Grammatik, um Missverständnisse zu vermeiden
- beherrscht natürlichen Sprachfluss ohne größere Pausen, um nach Wörtern zu suchen
- kann im Gespräch angemessen interagieren, sein Gegenüber zum Sprechen auffordern und ins Gespräch einbeziehen
- ist im Stande, komplexe Sachverhalte zu erfassen und weiterzugeben

Der Personaleinsatz ist – mit Ausnahme der Profession Sprachmittler – vollständig auf dem Erhebungsbogen Personal anzugeben.

Die persönliche und fachliche Eignung des Personals ist durch Einreichung der geforderten Abschlusszeugnisse bzw. Urkunden nachzuweisen.

Der Erhebungsbogen Personal und die geforderten Nachweise müssen bei Angebotsanmeldung vorliegen. Sofern zum Zeitpunkt der Angebotsabgabe kein entsprechendes Personal vertraglich gebunden ist, muss eine Erklärung über die einzusetzende Person und deren Absichtserklärung für eine vertragliche Bindung abgegeben werden.

5. Zum Nachweis der geforderten Berufserfahrung bzw. praktische Erfahrung mit der beschriebenen Zielgruppe ist die Referenzliste Personal einzureichen.
6. Der Einsatz der Sprachmittler ist ebenfalls anzuzeigen, durch die Übermittlung von Name, Ausbildung/Beruf, Erläuterungen zum Sprachniveau sowie Stundenanteil.
7. Der Bieter soll durch Angabe von mindestens 3 Referenzen für die in den letzten 3 Geschäftsjahren erbrachten Leistungen, die dem Gegenstand dieser Ausschreibung entsprechen oder mit ihm vergleichbar sind, seine Erfahrungen nachweisen. Bei Bietergemeinschaft sind insgesamt mindestens 3 Referenzen nachzuweisen.
8. Nachweis räumliche, sachliche und technische Ausstattung:

Für alle nachfolgenden räumlichen und ausstattungs-technischen Forderungen gelten insbesondere folgende Vorschriften:

- Arbeitsstättenverordnung und technische Regeln für Arbeitsstätten
- Vorschriften der zuständigen gesetzlichen Berufsgenossenschaften
- Brandschutzbestimmungen

Es wird Barrierefreiheit gefordert. Sie ist unter Berücksichtigung vorhandener Behinderungen der Teilnehmer zu gewährleisten. Rechtzeitig zum Maßnahmebeginn gewährleistet der Auftragnehmer die ggf. erforderliche Anpassung der Ausstattung der Bildungseinrichtung an die Bedürfnisse der Teilnehmenden mit Behinderung entsprechend den einschlägigen Vorschriften. Der Auftragnehmer hat dafür sicherzustellen, dass auch Teilnehmern, die z. B. Rollstuhlfahrer oder schwer gehbehindert sind, gemäß den geltenden Vorschriften, der Zugang zur Bildungsstätte sowie zu allen vorgesehenen Räumlichkeiten selbständig möglich ist. Entsprechende Parkmöglichkeiten in unmittelbarer Nähe zum behindertengerechten Zugang sind vorzuhalten. Es ist weiterhin sicherzustellen, dass behindertengerechte Toiletten gemäß der einschlägigen DIN zur Verfügung stehen.

Vergabe-Nr.: 02/MOPra § 45/2024

Es ist mindestens ein Schulungs-/Gruppenraum mit einer Mindestgröße von 3 m²/Teilnehmerplatz vorzuhalten. Entsprechend der Teilnehmerplätze sind PC-Arbeitsplätze mit Internetzugang einzurichten, um EDV-Unterweisungen, Bewerbungstraining sowie Arbeitsplatzakquise durchführen zu können. Die Leistungsmerkmale der PC-Arbeitsplätze müssen dabei aktuellen Anforderungen entsprechen.

Zur Durchführung von Einzelberatungen und Kleingruppengesprächen ist vom Auftragnehmer ein separater Raum (Besprechungsraum) einzurichten, der ausreichend Platz bietet und den persönlichen Datenschutz gewährleistet.

Die Räume sind zeitgerecht auszustatten. Zusätzlich sind geeignete Medien zur Unterstützung der anzuwendenden Methodik vorzuhalten und einzusetzen. Diese müssen einen engen Bezug zur Zielsetzung der Maßnahme haben.

Der Auftragnehmer stellt sicher, dass Räumlichkeiten, Maßnahmezeiten und regelmäßig verkehrende öffentliche Verkehrsmittel aufeinander abgestimmt sind. Die Räume zur Maßnahmedurchführung sollen durch entsprechende Beschilderung gut auffindbar sein.

Die Dokumentation erfolgt über den Erhebungsbogen Ausstattung und ist um eine formlose Anlage (Grundriss mit Kennzeichnung der genutzten Räumlichkeiten sowie die Vertragsunterlagen zur Sicherung der Nutzbarkeit der Räumlichkeiten) zu ergänzen. Sofern der Bieter Räume bei Dritten anmieten möchte, sind anstelle der Vertragsunterlagen entsprechende Absichtserklärungen des Dritten zur Vermietung an den Bieter ausreichend. Änderungen der Räumlichkeiten sind durch den Auftraggeber genehmigungspflichtig. Die Räumlichkeiten und deren Ausstattung können durch den Auftraggeber vor Ort geprüft werden.

Für Los 2 sind Räumlichkeiten an beiden Standorten (Löbau und Niesky) vorzuhalten.

9. Die Eigenerklärung als Beleg für das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß §§ 123 und 124 GWB (Erklärung liegt als Vorlage den Vergabeunterlagen bei); Es wird auf die am 01.04.2019 in Kraft getretene Vergabemindestentgeltverordnung (VergMindV) hingewiesen, die eine Zahlung des dort festgelegten Mindestentgeltes zur Bedingung für die Ausführung des Auftrages macht.
10. Ggf. eine formlose Haftungserklärung bei Eignungsleihe hinsichtlich wirtschaftlicher und finanzieller Leistungsfähigkeit.

Bei Bietergemeinschaft haben alle Mitglieder der Bietergemeinschaft – bis auf den Bevollmächtigten der Bietergemeinschaft – eine Erklärung zur gesamtschuldnerischen Haftung abzugeben sowie den für die Angebotsabgabe und die Durchführung des Vertrages bevollmächtigten Vertreter zu benennen. Bei Bietergemeinschaft haben alle vorgesehenen Unternehmen die o. g. Nachweise und Erklärungen zu erbringen. Zulässig ist, dass sich ein Bieter zur Angebotsabgabe an verschiedenen Losen in verschiedenen Bietergemeinschaften beteiligt.

Soll, trotz Eignung des Bieters, ein Unterauftragnehmer zur Erfüllung des Auftrages hinzugezogen werden, so sind die von ihm auszuführenden Auftragsbestandteile (Art und Umfang der auszuführenden Leistung) bereits im Angebot zu benennen. Vorgesehene Unterauftragnehmer sind möglichst im Angebot zu benennen und deren Eignungsnachweise sind möglichst bereits einzureichen. Ggf. werden die Bieter, deren Angebote in die engere Wahl gelangen, vor Zuschlagserteilung aufgefordert, die Unterauftragnehmer zu benennen und die erforderlichen Eignungsnachweise einzureichen.

Im Falle, dass der Bieter selbst nicht über die geforderte Eignung für diesen Auftrag verfügt, kann diese durch den Einsatz von Unterauftragnehmern geliehen werden. Die Eignungsnachweise zu den entsprechenden Kapazitäten sind in diesem Falle bereits mit Angebotsabgabe einzureichen.

Vergabe-Nr.: 02/MOPra § 45/2024

Nimmt ein Bieter die Kapazitäten eines anderen Unternehmens im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit in Anspruch, so haften der Bieter und das andere Unternehmen gemeinsam für die Auftragsausführung entsprechend dem Umfang der Eignungslleihe.

Das Angebot und der Schriftverkehr sind in deutscher Sprache abzufassen.

Es gilt deutsches Recht.

Mit freundlichen Grüßen

Felix Breitenstein
Betriebsleiter Jobcenter Landkreis Görlitz